**Bezugspreis:**
Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 93 G.-Pf. u. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

# Der Enztäler.

## Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

## Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

**Anzeigenpreis:**
Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, außerh. 25 Goldpfg., Reklame-Zeile 80 Goldpfg. m. Zuschl.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Nr. 70 | Donnerstag, den 25. März 1926. | 84. Jahrgang.

### Deutschland.

**Stuttgart**, 24. März. Eine Kleine Anfrage der Frau Abg. Planck über Vorgänge in einer Privatunterrichtsanstalt des Schwarzwalds (Wildbad), deren Berechtigung seinerzeit von beteiligter Seite bestritten worden war, hat vom württembergischen Kultministerium eine eingehende Beantwortung erfahren, aus der hervorgeht, daß Zweifel an der Berechtigung der Anfrage vollständig unbegründet waren.

**Stuttgart**, 23. März. Auf eine Anfrage Egelhaaf (D. Vp.) wurde im Landtag u. a. mitgeteilt, daß in absehbarer Zeit mit den Abschluß und Inkrafttreten einer Ländervereinigung zu gemeinsamem Vorgehen gegen das Zigeunerunwesen gerechnet werden könne.

**Koburg**, 24. März. Nach dem neuesten Stand der Verhandlungen mit dem Reichskunstwart Dr. Redslob kommt nunmehr neben Weimar und Blankenburg in Thüringen für die Errichtung eines Reichsehrenmals an erster Stelle auch Koburg in Betracht. Zur Anlage eines Ehrenhains ist dort der Bausenberg hinter der Veste Coburg in Aussicht genommen. Der Koburger Architekt Dr. Teufel wurde mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Planes beauftragt.

**Berlin**, 24. März. Als Ergebnis der Genfer Debatte im Reichstag sieht die „Kreuzzeitung" ein Wiedererstehen der Großen Koalition voraus.

**Berlin**, 24. März. Die kommunistische Partei hatte für gestern nachmittag in Berlin zu Demonstrationen gegen die Fürstenabfindung und für die Unterstützung der Erwerbslosen aufgerufen. Gegen 4 Uhr nachmittags setzten sich aus allen Teilen Berlins die Züge der kommunistischen Erwerbslosen und der roten Frontkämpfer unter Vorantritt von Musikkapellen in Bewegung, um nach dem Lustgarten zu marschieren. Die Ruhe wurde nirgends gestört, doch der gesamte Verkehr im Zentrum Berlins wurde unterbunden.

**Einheitliche Regelung der Ortsklasseneinteilung.**

Der Reichsminister der Finanzen hat neuestens dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes zur einheitlichen Regelung des Wohnungsgeldzuschusses übersandt, nach dem vom 1. April 1926 ab, also mit dem Außerkrafttreten des Besoldungssperrgesetzes, wenigstens auf dem Gebiet der Ortsklasseneinteilung und damit zusammenhängend des Wohnungsgeldzuschusses eine einheitliche Regelung für das Reich, die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften herbeigeführt werden soll. Die württembergische Regierung hat, wie sie im Landtag auf eine Anfrage des Abg. Scheef (Dem.) mitteilen ließ, ihre Vertreter im Reichsrat angewiesen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. — Mit dem Außerkrafttreten des Besoldungssperrgesetzes am 1. April 1926 werden die vor dem Reichsschiedsgericht noch schwebenden Verhandlungsfälle gegenstandslos und können nicht mehr entschieden werden. Für die beim Reichsschiedsgericht angesetzten Termine dieses Monats ist Aufhebung veranlaßt.

**Die Voranschläge der Gemeinden 1926.**

Ein Erlaß der Ministerien des Innern und der Finanzen an die Gemeinden und Amtskörperschaften drängt darauf, daß für 1926 im Unterschied zu 1925 die Voranschläge der Gemeinden für das neue Rechnungsjahr, wenn irgend möglich noch vor Beginn des Rechnungsjahres, jedenfalls im Laufe des April aufgestellt werden. Es soll dadurch vermieden werden, daß bei der Beschlußfassung über die Gemeindeumlage die dadurch zu deckenden Ausgaben bereits geleistet, Ersparnisse zur Herabminderung des Umlagesatzes also nicht mehr möglich sind, sowie daß die Grund- und Gebäudebesitzer sowie die Gewerbetreibenden erst gegen Ende des Rechnungsjahres Nachforderungen über zum Teil nicht unbeträchtliche Umlageerhöhungen erhalten. Zugleich weist der Erlaß auf die neuen Steuervorschläge des neuen Staatshaushaltsplanes hin und stellt den Gemeinden aus dem Ausgleichsstock für 1926 etwa denselben Zuschuß in Aussicht, den sie 1925 erhalten haben. Da der Gemeindeumlagehöchstsatz für 1926 wieder auf 12 Prozent festgesetzt werden soll, weist der Erlaß die Gemeinden auf die Pflicht einer Einschränkung ihrer Ausgaben hin. In analoger Weise werden auch die Amtskörperschaften an die Aufstellung ihrer Voranschläge um Mitteilung des vorläufigen Amtsschadens hingewiesen.

**Der deutsche Außenhandel im Februar 1926.**

Die deutsche Außenhandelsbilanz ist auch im Februar wie in den beiden Vormonaten aktiv. Der Ausfuhrüberschuß im Februar beträgt insgesamt 67 Mill. RM., im reinen Warenverkehr 121 Mill. RM. gegen 87 Mill. RM. im Januar und 96 Mill. RM. im Dezember. Die reine Wareneinfuhr im Februar zeigt gegenüber dem Vormonat, der schon seit September 1924 nicht wieder erreichten Tiefstand aufwies, ein weiteres Absinken um 46 Mill. RM. auf 662 Mill. RM. Damit liegt die Einfuhr um 374 Mill. RM. unter dem Monatsdurchschnitt von 1925 (1036 Mill. RM.). Der Rückgang gegenüber dem Vormonat ist auf die weitere Verminderung der Rohstoffeinfuhr zurückzuführen. Der unbedeutenden Zunahme der Lebensmitteleinfuhr (um 3 Mill. RM.) steht eine entsprechende Verminderung der Fertigwareneinfuhr gegenüber. Bei der Ausfuhr sind im Februar gegenüber dem Vormonat nur unbedeutende Veränderungen festgestellt. Die Ausfuhr insgesamt ist etwas abgeschwächt (um 12 Mill. RM.); und zwar ist die Ausfuhr an Fertigwaren um 4 Mill. RM., die Ausfuhr an Lebensmitteln (vor allem an Weizen und Roggen) um 16 Mill. RM. zurückgegangen. Die Ausfuhr an Rohstoffen ist dagegen um 8 Mill. RM. gestiegen.

**Stresemann an Westarp.**

**Berlin**, 23. März. Auf einen im Berliner „Lokalanzeiger" am 6. März enthaltenen offenen Brief des Grafen Westarp an Dr. Stresemann betr. die Auszehrung Deutschlands hat Dr. Stresemann am 22. März eine schriftliche Antwort erteilt, in der festgestellt wird, daß die Wirtschaftskrise, besonders im Kohlenbergbau sicher noch stärker aufgetreten wäre, wenn die Aufträge für Sachleistungen im ersten Reparationsjahr von etwa ½ Milliarde Mark, die im übrigen zum Teil aus der Reparationsanleihe bestritten wurden, der deutschen Wirtschaft nicht zugeflossen wären. Die Antwort wendet sich ferner gegen die Auffassung, daß der Sachverständigenplan eine geordnete Anleihewirtschaft im Reich, in den öffentlichen Verwaltungen und bei der Reichsbahn unmöglich gemacht habe und betont, daß im Gegenteil die rund 3 Milliarden Anleihen, die von deutschen öffentlichen Körperschaften und privaten Unternehmungen im letzten Jahre im Ausland aufgenommen wurden, ohne grundsätzliche Ordnung der Reparationsfrage, wie sie der Dawesplan gebracht habe, nicht hätten aufgenommen werden können. Schließlich bezweifelt Dr. Stresemann, daß die Stabilisierung der deutschen Währung ohne Regelung der Reparationsfrage aufrechterhalten werden könne und hält die Auffassung für richtig, daß der Sachverständigenplan es auf die Dauer ermöglicht habe, die Arbeiter wieder in wertbeständiger Währung zu entlohnen.

**Besprechungen zwischen Industrie und Gewerkschaften.**

**Berlin**, 24. März. Gestern fanden Besprechungen zwischen führenden Persönlichkeiten des Reichsverbandes der deutschen Industrie und Führern der freien und der christlichen Gewerkschaften sowie des Gewerkschaftsringes statt. Gegenstand der vertraulichen Besprechungen bildete das Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie. Wie verlautet, gelang es, in einer Anzahl von Punkten Uebereinstimmung zwischen den Industrievertretern und den Gewerkschaftsführern zu erzielen.

**Verhandlungen mit der Sozialdemokratie über das Steuerkompromiß.**

**Berlin**, 24. März. Sowohl im Kabinett wie innerhalb der Regierungsparteien hofft man für das Steuersenkungsgesetz eine Mehrheit im Reichstag zu finden. Es gewinnt immer mehr den Anschein, daß die erforderliche Unterstützung, nicht wie man wohl anfangs zu glauben geneigt war, von den Deutschnationalen, sondern von den Sozialdemokraten zu erlangen sein wird. Für die zu solchem Zweck bereits angebahnten Verhandlungen fehlt es nicht an Kompromißmöglichkeiten. Obwohl die Besprechungen, die der Reichsfinanzminister noch gestern abend mit Vertretern der Sozialdemokratie hatte, ein greifbares Ergebnis noch nicht zeitigten, haben die Sozialdemokraten nach dem ersten Widerstand gegen die Aenderung des Steuerprogramms in den letzten Stunden unverkennbar größere Geneigtheit zu einer Verständigung bekundet. Schon der Hinweis Dr. Reinholds auf die Notwendigkeit einer stärkeren Berücksichtigung der Erwerbslosenfürsorge, für die neue Mittel flüssig gemacht werden müßten, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Die Aufhebung der Weinsteuer, gegen die sich die Regierung erfolglos gesträubt hat, konnte der Sozialdemokratie durch die Beibehaltung der Sektsteuer wesentlich schmackhafter gemacht werden. Auch von einer Senkung der Zuckersteuer ist die Rede. In der Frage der Fürstenabfindung begegnen sich die Wünsche des preußischen Finanzministers im wesentlichen mit den sozialdemokratischen Forderungen und werden auch von den Regierungsparteien im allgemeinen gebilligt. Die Differenzen liegen aber in der Schwierigkeit, die ganze überaus komplizierte Materie in eine klare formal-juristische Form zu bringen.

### Ausland

**Paris**, 24. März. Trotz eifriger Verschleierungsversuche der französischen amtlichen Stellen erkennt man in dem Freundschaftsvertrag mit Südslavien die beginnende Umstellung der französischen Europapolitik.

**London**, 24. März. Die englische Regierungspresse billigt Chamberlains Erklärungen im Unterhaus, tadelt jedoch seine unklare Haltung vor den Genfer Verhandlungen.

**London**, 24. März. Gestern ist ein englischer Gewerkschaftsbund zustandegekommen, der eineinhalb Millionen Mitglieder umfaßt, vor allem Bergarbeiter, Dockarbeiter, Metallarbeiter, Elektrotechniker. Nur die Eisenbahn- und Werftarbeiter lehnten eine Beteiligung ab.

**Peking**, 24. März. Der Militärgouverneur von Schantung hat auf den Kopf des christlichen Generals Feng einen Preis von einer Million Dollar ausgesetzt. Feng befindet sich, wie aus Moskau berichtet wird, in Urga in der Mongolei.

**Ein Antrag im kanadischen Unterhaus gegen die britische Politik.**

Im kanadischen Unterhaus brachte ein Arbeitermitglied eine Entschließung ein, die besagt, Kanada müsse es ablehnen, irgendwelche Verantwortlichkeit für die Komplikationen zu übernehmen, die aus der gegenwärtigen Politik Großbritanniens entständen. Kanada sei durchaus imstande, seine auswärtigen Angelegenheiten selbständig zu behandeln und seine wichtigsten Beziehungen seien diejenigen zu den Vereinigten Staaten.

### Aus Stadt, Bezirk und Umgebung

**Neuenbürg.** Sitzung des Gemeinderats am 23. März. Auf das Gesuch der kath. Kirchengemeinde hier um Abtretung des städt. Grundstücks, Parz. Nr. 601/1: 4 Ar 88 Quadratmeter Baumacker in den Meistergärten zur Ergänzung ihres Kirchenbauplatzes wird nach eingehender Beratung vom Gemeinderat beschlossen, die Bereitwilligkeit auszusprechen, das Grundstück um den Preis von 5 RM. für ein Quadratmeter käuflich abzutreten. Bedingungen: Rückkaufsrecht der Stadtgemeinde, wenn auf dem der Erwerberin gehörenden Gelände an der Wildbaderstraße nicht bis spätestens 1. April 1931 eine Kirche erstellt ist, Fortsetzung der bestehenden Pachtverträge bis zur Ueberbauung, Barzahlung. Für den Fall des Einverständnisses der kath. Kirchengemeinde wird Stadtpfleger Essich zum Abschluß des Kaufvertrags und zur Auflassung ermächtigt. Der Erlös soll von der Stadt zur Erwerbung anderer Grundstücke verwendet werden.

Mit Genehmigung der Ministerialabteilung für die Fachschulen werden von Lehrkräften der Volksschule zur Entlastung des Gewerbelehrers bis Herbst 1926 an der Gewerbeschule 9 Wochenstunden nebenamtlich innerhalb der Pflichtstundenzahl übernommen. Der Gemeinderat beschließt dementsprechend.

Dem Antrag des Ortsschulrats zufolge wird vom Gemeinderat beschlossen, für die Lernmittelfreiheit der Volksschule auf das Schuljahr 1926/1927 den Betrag von 600 RM. vorzusehen und die Stadtpflege zu ermächtigen, entsprechende Zahlungen zu leisten, zur Ergänzung des Inventars für die Schulbibliothek einen weiteren Schrank zu beschaffen und das Stadtbauamt mit Entwurf und Einleitung der Vergebung zu beauftragen, auch im Voranschlag für 1926 die erforderlichen Beträge vorzusehen. Die weiteren Anträge auf Beschaffung von Schulbänken usw. werden bis zur Beratung des Voranschlags der Schulkasse und der Stadtpflege zurückgestellt.

Die Reichsbahndirektion Stuttgart beabsichtigt für den Sommerfahrplan verschiedene Einschränkungen des Betriebes auf dem Stadtbahnhof und will den Wünschen der Stadtverwaltung, die auf eine Ausdehnung des Betriebs abheben, nur gegen Bezahlung von täglich 3.60 RM. entsprechen. Der Gemeinderat beauftragt den Vorsitzenden und das Gemeinderatsmitglied Gollmer, die Wünsche der Stadtgemeinde nochmals mündlich bei der Reichsbahndirektion Stuttgart zum Ausdruck zu bringen.

Für die vom 18. bis 25. April d. J. für ganz Deutschland angesetzte Reichsgesundheitswoche werden die nötigen Schritte zur Bestellung eines Ortsausschusses eingeleitet.

Aus der Mitte des Gemeinderats wird mit allseitiger Zustimmung in Rücksicht auf die Staubplage, die engen Stadtteile und die durch die Erschütterungen schwer beladener Autos hervorgerufenen Häuserschäden die Erlassung einer ortspolizeilichen Vorschrift über Beschränkung der Fahrgeschwindigkeit für Autos innerhalb Etters auf 15 Kilometer gewünscht. Der Vorsitzende sagt die Erlassung zu.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Einladungen der Gewerbeschule zu ihrer Schlußprüfung und Ausstellung der Schülerarbeiten und von derjenigen der Frauenarbeitsschule zu der Ausstellung ihrer Arbeiten, worüber noch öffentliche Bekanntmachung erfolgt.

Die neuen Bestimmungen für die städt. Wasserversorgung, welche am 1. April d. J. in Kraft treten, werden mit ihrem endgültigen Wortlaut heute vom Gemeinderat genehmigt; jeder Wasserabnehmer erhält ein Exemplar derselben anläßlich des nächsten Wasserzinseinzugs behändigt.

Nachdem noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt war, wurde die Sitzung kurz vor 10 Uhr geschlossen. K.

**Neuenbürg**, 24. März. Die Eheleute Michael Hanselmann, welche am 21. Mai 1924 ihre goldene Hochzeit gefeiert haben, erhielten nachträglich von dem Herrn Staatspräsidenten einen Kunstdruck mit der Umschrift: „Bleibe bei uns, denn es will Abend werden. Zur goldenen Hochzeit von der Württ. Staatsregierung" mit einem Glückwunschschreiben des Herrn Staatspräsidenten Bazille und einer Ehrengabe. In dem Glückwunschschreiben ist auch der Verdienste des Jubilars als Mitkämpfer in den Feldzügen 1866 und 1871 und seiner langjährigen treuen Dienstleistungen als Bahnwärter gedacht.

**Neuenbürg**, 24. März. (Strenger Nachwinter.) Der März hat uns in diesem Jahr noch wenig Freude gemacht. Er muß zum Unterschied von seinem Vorgänger Februar als regelrechter Wintermonat angesprochen werden. Sind doch im März die einzig wirklichen milden Tage an den Fingern aufzuzählen. Und nun ist gar noch ein empfindlicher Nachwinter mit Kälte, Schnee und scharfem Wind eingetreten, nicht nur bei uns im Süden, sondern auch in Norddeutschland, Oesterreich und Frankreich. Nach den Wetterpropheten ist noch mehrere Tage mit winterlicher Witterung zu rechnen. So müssen wir aufs Neue erfahren, daß ein verschobener Winter kein geschenkter ist.

**Neuenbürg**, 24. März. Eine Warnung vor den Breslauer Gehörkapseln erläßt der Süddeutsche Verein für Schwerhörige in Stuttgart, Strohberg 107. Er schreibt uns: Seit Jahren kämpfen wir gegen die Reklame über wertlose Mittel für Gehörleidende. Durch Aufklärung in Wort und Schrift haben wir es dahin gebracht, daß derartige Anzeigen aus den Zeitungen fast verschwunden sind. Aber einige wenige sind es, die immer noch mit grenzenloser Hartnäckigkeit auf den Dummenfang ausgehen. Darunter ist die Gehörkapsel-Ges. in Breslau, die kürzlich in Pforzheim „gearbeitet" hat. Leider erfahren wir erst jetzt davon. Am 12. März schrieb uns der Ohrenarzt Dr. Riecker in Pforzheim, daß in den letzten Tagen verschiedene Leute wegen der Breslauer Gehörkapsel zu ihm gekommen seien, die er als Schwindel bezeichnet habe. Trotzdem sei sie bestellt worden und der Schwindler habe ein gutes Geschäft gemacht. — In Württemberg haben wir der Gehörkapsel-Ges. seit dem Beginn ihres Auftretens im September v. J. entgegengearbeitet. Von einer Stadt zur anderen verfolgten sie

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

unsere Warnungsinserate. Jetzt hat sich die Gesellschaft ins Enztal begeben in der Hoffnung, dort unbehelligt zu bleiben. Jede Zeitung, der diese Zeilen zu Gesicht kommen, ersuchen wir, derartige Schwindelanzeigen abzulehnen, denn sie werden nicht wollen, daß auch nur einer ihrer Leser um sein gutes Geld gebracht wird. — Jeder Schwerhörige merke sich: Behörden bestätigen niemals zu Reklamezwecken die Heilung einer Krankheit; sie bestätigen lediglich die Echtheit der Unterschriften. Dabei darf nicht vergessen werden, daß es auf der Welt genug Leute gibt, die gegen gute Bezahlung jedes Attest schreiben. „Reichspatent" oder „patentamtlich geschützt" bietet keine Gewähr für die Brauchbarkeit des Artikels. Es wird nur ausschließlich die Neuheit, nicht die Heilwirkung vom Patentamt geprüft. Wer ein wirklich gutes Hörhilfsmittel, seien es nun Hörrohre oder elektrische Hörapparate, kaufen will, der gehe zu einem Spezialarzt oder ziehe die Hörgeräte-Beratungsstelle eines Schwerhörigenvereins zu Hilfe. Wer dennoch klüger zu sein glaubt als Erfahrene, dem ist natürlich nicht zu helfen.

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Norden beherrscht noch die Wetterlage. Das westliche Tief kommt wenig zur Geltung. Für Freitag und Samstag ist zwar zeitweise bedecktes, aber trockenes, nachts immer noch kaltes, tagsüber milderes Wetter zu erwarten.

**Birkenfeld**, 24. März. (Bericht von der Gemeinderatssitzung am 23. d. M.) Das Gesuch des Kriegerdankbundes, Gau Süddeutschland, e. V. in Stuttgart, um Verwilligung von Bauholz zur Erstellung einiger Siedelungshäuser wird mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage der Gemeinde abgelehnt. — Nachdem eine Kommission des Gemeinderats am 19. d. M. mit dem Gemeinderat in Gräfenhausen wegen Durchführung des geplanten Straßenprojekts Birkenfeld—Gräfenhausen verhandelt hat, wird vom Gemeinderat die grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Durchführung des geplanten Unternehmens erklärt unter der Voraussetzung daß der Staat und die Amtskörperschaft entsprechende Beiträge leisten. Der Ortsvorsteher wird zur Führung weiterer Verhandlungen ermächtigt. — Die im Siedelungsgelände am Kirchweg zwischen den beiden Doppelhäusern geplante Querstraße wird künftighin die Bezeichnung „Siedelungsstraße" führen. Gleichzeitig wird der Ortsbaumeister beauftragt, das Weitere zur Ausführung der Straße zu veranlassen. — Auf ein eingereichtes Gesuch wird den hiesigen Katholiken zur Abhaltung des Sonntagsgottesdienstes der Kinderschulsaal zur Verfügung gestellt unter den üblichen Bedingungen. — Ebenso erhält der Arbeiterradfahrerverein „Frisch Auf" hier die Genehmigung zur Benützung der Turnhalle an einem Abend in der Woche. — Dem Maschinist am Elektrizitätswerk Schwarzloch, Theodor Mörk, und dem Wirt z. Bahnhof, Haltestelle Engelsbrand, Karl Bäuerle, wird auf ihr eingereichtes Gesuch die Genehmigung erteilt, ihre schulpflichtigen Kinder nach Neuenbürg zur Schule zu schicken. — Dem Gesuch des Brieftaubenvereins „Eilbote" hier, die Taubenschlagsperre während der Saatzeit nicht zu verhängen, wird in der Weise entsprochen, daß für die Taubenschläge der Mitglieder des Brieftaubenvereins die Sperre nicht in Anwendung kommt. — Die für das Schuljahr 1926/27 erforderlichen Lernmittel werden nach Durchsicht der eingegangenen Angebote der Reutlinger Papiergroßhandlung Schuster & Schmidt um ihr Angebot übertragen. — Zwei Lose Stammholz werden der Firma Ernst Buck in Gräfenhausen um ihr Angebot mit 109,5 bezw. 107,5 Prozent der Landesgrundpreise übertragen. — Die Sitzung wurde, da noch eine ganze Reihe kleinerer Verwaltungssachen zu erledigen war, vom Vorsitzenden erst um 11 Uhr geschlossen.

**Wildbad**, 24. März. Der billige Mann kommt auf den Jahrmarkt nach Wildbad, wie aus einer Anzeige im „Wildbader Tagblatt" ersichtlich ist. Was da alles angeboten wird, ist wirklich sehr verlockend namentlich für solche, die für Preisabbau schwärmen. Wer aber von diesem „billigen Jakob" kauft, wird bald finden, daß er nicht billig sondern teuer kaufte, weil die gekaufte Ware nichts taugt und nicht lange hält: es ist sog. Ramschware. Was schon so oft geschrieben wurde, gilt auch hier: Kaufe bei reellen Geschäften am Platze oder in der Umgegend!

## Württemberg.

**Stuttgart**, 24. März. (Württ. Sparkassen-Giroverband.) In der gestrigen Jahresversammlung des Württ. Sparkassen-Giroverbands erstattete der Verbandsvorsitzende Minister a. D. Dr. Schall den Geschäftsbericht. Er betonte dabei das Bestreben des Verbands, die Zinsen zu senken und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, eine einheitliche Regelung der Zinssätze bei allen Kassen herbeizuführen. Als eine der nächsten Aufgaben des Verbands bezeichnete er die Einführung von Bausparkonten, um den Kunden der Sparkassen die Erbauung eines Eigenheims mit Hilfe der Sparkassen zu ermöglichen. Die Direktoren Hahl und Müller gaben dann noch Erläuterungen zu dem inzwischen in Druck erschienenen Geschäftsbericht. Die Spareinlagen haben im Januar und Februar ds. Js. einen Zuwachs von 13 Millionen Mark erfahren. Zur Deckung des Geldbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbänden wurde die Aufnahme einer Anleihe von 25 Millionen Mark beschlossen, von denen zunächst 15 Millionen Mark aufgelegt werden sollen.

**Stuttgart**, 24. März. (Württembergische Landeselektrizitäts-Gesellschaft.) Die Württ. Landeselektrizitätsgesellschaft beschloß in ihrer Generalversammlung eine Dividende von 5½ und die Erhöhung des Kapitals um 500 000 Mark auf 5 Millionen Mark.

**Stuttgart**, 24. März. (Zum Tode Karl Hau's.) Ein Herr, der Karl Hau im Leben eng befreundet war und ihn Ende August 1924 zusammen mit Hau's Tante vom Bruchsaler Zuchthaus hinausgeleitete ins freie Leben, hin in Heimat und Obhut der Mutter, berichtet dem „Neuen Tagblatt", daß eine zweite Sezierung durch drei staatliche Institutsärzte einwandfrei den Tod Haus durch einen Schlaganfall ergeben habe. Die äußeren Wunden des schwer verletzt Aufgefundenen am Schädel, im Nacken, und an den Händen rühren von dem Fall her, die Schwäche von Herz und Lunge haben seinen natürlichen Tod herbeigeführt.

**Stuttgart**, 24. März. (Todesfall.) Im Alter von 70 Jahren ist hier Fräulein Marie Josenhans gestorben, die eine sehr volkstümliche Persönlichkeit und eine große Freundin der Armen und der Kinder war. Sie betätigte sich in vielen Vereinsausschüssen und gehörte auch viele Jahre dem Stuttgarter Gemeinderat an.

**Waiblingen**, 24. März. (Jäher Tod.) Flaschnermeister Otto Biber wurde beim hiesigen Postamt von einem Herzschlag betroffen. Nach wenigen Minuten trat der Tod ein.

**Seebronn**, OA. Rottenburg, 24. März. (Die Dummen werden nicht alle.) In der letzten Woche tauchte ein von der Strafanstalt Rottenburg entlassener 36 Jahre alter lediger Mann in den Gemeinden Seebronn und Remmingsheim als Heilkünstler auf. Unter dem Vorbringen, er sei ein Bruder von Dieter. Kurz, er konnte alsbald sein Handwerk beginnen, denn gar bald stellten sich Patienten ein und der Wunderdoktor hatte bald schön Geld verdient. Doch allzulange ging dies nicht, denn sein ganzes Benehmen erweckte Mißtrauen und so kam es, daß er der Landjägermannschaft übergeben wurde.

**Horb**, 24. März. (Zur Stadtschultheißenwahl.) Die Parteiausschüsse des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten haben bei der Stadtschultheißenwahl die Wahl ihren Mitgliedern freigegeben und außerdem beschlossen, jede Kundgebung in Versammlungen oder durch die Presse zu unterlassen.

**Onstmettingen**, 24. März. (Selbstmord.) Der jüngste Sohn des Mechanikers Gauger hängte sich nach kurzem Wortwechsel mit seinem Vater in dessen Schoß auf.

**Backnang**, 24. März. (Ausbau des Bezirkskrankenhauses.) Nach Vollendung des Dachstock-Ausbaus des Bezirkskrankenhauses konnte in den letzten Tagen nun auch der 3. Stock in Betrieb genommen und der Krankenhaus-Neubau zu einem vorläufigen Abschluß gebracht werden. Die Bettenzahl hat sich jetzt auf 65 erhöht, also im Vergleich zum alten Krankenhaus verdoppelt. Durch mehrere, sehr dankenswerte neue Stiftungen konnte auch die innere Einrichtung und wünschenswerte Ausrüstung gefördert werden.

**Gügling**en, OA. Brackenheim, 24. März. (Naturseltenheit.) Am letzten Sonntag begegnete der Jagdaufseher Karl Eckert von hier auf dem Weg nach Gündelbach über den Hammberg einer Ricke (Rehgeis), die ein zirka sechs Wochen altes Kitz führte. Es ist dies eine Seltenheit, da die übliche Wurfzeit des Rehs sonst in den Monat Juni fällt.

**Schwenningen**, 24. März. (Zwangsversteigerung von Häusern.) Bei der Zwangsversteigerung der Häuser des Fabrikanten Albert Schmid und des Kaufmanns Karl Fehrenbacher wurden erlöst aus dem Schmid'schen Haus 18 500 Mk. und aus dem Fehrenbacherschen Haus 19 000 Mark. Käufer sind für das erste Haus Bäckermeister Benzing und Studienrat Maier für das zweite Haus. Zu der Versteigerung waren eine große Anzahl Liebhaber erschienen. Das Anwesen des Albert Schmid war geschätzt zu 22 500 Mark und dasjenige des Karl Fehrenbacher zu 28 300 Mark.

**Bissingen** ob Lontal, 24. März. (Einbruch und Diebstahl.) Im Hause des Gemeindepflegers wurde am Sonntag, während die Bewohner in der Kirche waren, eingebrochen und der Gemeindekasseninhalt im Betrag von 3000—4000 Mark gestohlen. Von den Dieben hat man noch keine Spur.

**Obermarchtal**, 24. März. (Ein Schuß auf den Vater.) Unvorsichtiges Umgehen mit einem Revolver hat beinahe ein Menschenleben gekostet. Ein sieben Jahre alter Schüler nahm in einem unbewachten Augenblick den Revolver seines Vaters in die Hand, wobei ein Schuß losging und seinen Vater nahe am Herzen traf. Doch blieb letzteres unberührt, sodaß voraussichtlich keine Lebensgefahr besteht.

**Tettnang**, 24. März. (Geldmangel.) Auf dem Wochenmarkte sollte am Dienstag ein sechsjähriger Wallach versteigert werden. Der Anschlag betrug 600 Mark. Da nur 120 Mark geboten wurden, verlief die Versteigerung ergebnislos.

**Untergrönningen**, OA. Goldorf, 24. März. (Teure Jagd.) Die Gemeindejagd wurde nach zweimaliger Aufstreichsverhandlung dem höchstbietenden August Friedrich, Schafhalter hier (Bruder des bisherigen Pächters) für 1000 Mark Jahrespacht auf die nächsten sechs Jahre zugeschlagen. Der bisherige Erlös betrug 230 Mark.

**Oehringen**, 24. März. (Kärlich wie d'Aachböm!) Der „Hohenloher Bote" bringt folgenden Herzensschrei: „Einheitraten! (Humorvoll, aber ernstgemeint.) Wu han im Hohalohischa a leddicher Landmärt 30jährich, mit 10 000 M. Boorgöld inno klaas Bauerngüatle eidheiern? — und a 28jähricher mit 6000 M.? — und anoch a 27jähricher mit 5000 M.? — lauter sauwere, nette Kärlich wie d'Aachböm! Verschwiegerheit wärd garratiert." — Hoffentlich finden diese Eichbäume auch saubere, schlanke Lärchen.

**Mergentheim**, 24. März. (Tagung.) Der Landesverband der Ev. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Württembergs hält an den Pfingsttagen hier seine Landesversammlung ab.

## Baden.

**Pforzheim**, 24. März. Die weibliche Leiche, die am 21. März in Eutingen geländet worden und bis jetzt nicht bekannt war, ist nunmehr erkannt. Es handelt sich um ein 19jähriges Mädchen von hier, das sich am Samstag von zu Hause entfernt hatte, jedoch noch nicht als vermißt gemeldet worden war.

**Bruchsal**, 24. März. Die unselige Spielerei mit Waffen hat in Zeutern ein tief bedauerliches Unglück zur Folge gehabt. In einem Garten vergnügten sich einige junge Burschen mit Schießen aus einem Flobert. Ein 17jähriger Metzgerlehrling richtete die Waffe auf einen 14jährigen Jungen. In der Meinung, der Hahn sei gesichert, drückte er ab und der Schuß traf den Jungen mitten ins Herz. Nach kurzer Zeit war der Knabe eine Leiche.

## Vermischtes.

**Der Karfreitag in München.** Der Münchener Stadtrat nahm in seiner letzten Vollsitzung zu dem Antrag des deutschnationalen Stadtrates Jansohn Stellung, worin der Stadtrat aufgefordert wird, einen Aufruf an die Münchener Bevölkerung, besonders an die Gewerbetreibenden, zu erlassen, sie möchten durch völlige Arbeitsruhe zur Feier des Karfreitags beitragen. Der Antragsteller erklärte es für nicht unbillig, daß bei der großen Anzahl von katholischen Feiertagen auch der Karfreitag, der der evangelischen Bevölkerung besonders am Herzen liege, durch Arbeitsruhe gefeiert werde. Nach einer längeren Aussprache wurde dem Antrag gegen vier Stimmen der Kommunisten zugestimmt.

**Trinkbranntwein aus Sprit mit Karbolsäure.** Die Polizei hob in Köln-Ehrenfeld ein Laboratorium aus, dessen Besitzer von der Reichsmonopolverwaltung große Mengen vergällten Branntweins unter der ausdrücklichen Versicherung bezogen hatte, daß der Sprit für industrielle Zwecke verwendet werden solle. Der von der Monopolverwaltung zur Vermeidung von Schiebungen stark mit Karbolsäure versetzte Sprit wurde von dem Besitzer nach Antwerpen geschafft und von dort mit Hilfe von Mittelspersonen wieder nach Köln-Ehrenfeld, wo er durch ein besonderes Verfahren wieder von der Karbolsäure so weit befreit wurde, daß der Käufer nicht merken konnte, daß es sich um vergällten Sprit handelte. Ein ganzes Heer von Agenten sorgte dafür, daß der Sprit als Trinkbranntwein im Reich Absatz fand. Bisher beschlagnahmten die Polizeibehörden 240 000 Liter, die noch der „chemischen Reinigung" harrten, und auch in Hamburg wurden große Mengen in dort noch liegenden Fässern festgestellt und von der Polizei abgefahren. In Köln wurden bereits mehrere Personen verhaftet. Weitere Festnahmen sind in dieser Sache noch zu erwarten.

**Bei einem Wohnungsbrand erstickt.** In der Nacht zum Sonntag ist in seiner Wohnung in Berlin der 36jährige Tischler durch einen Unfall ums Leben gekommen. Er war am Samstag abend in betrunkenem Zustande nach Hause gekommen und hatte eine Petroleumlampe angezündet, die dann seinen Händen entfallen und auf dem Fußboden explodiert war. Dadurch geriet das Zimmer in Brand. Erst als die Unterwohner ein Knistern im Deckengebälk bemerkt und die Feuerwehr alarmiert hatten, konnten Löschversuche unternommen werden. Der Tischler war inzwischen vom Qualm erstickt und konnte nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

**Eine Greisin im Moor versunken.** Wie aus Jasenitz bei Stettin gemeldet wird, fand ein Förster in der Nähe der Försterei Dramburg im Moor die Leiche einer Frau. Es handelt sich um die 72 Jahre alte Witwe Ernst aus Königsfelde, die auf dem Wege nach Jasenitz anscheinend vom Wege abgekommen, ins Moor geraten und umgekommen ist.

**Geld macht nicht immer glücklich.** In seinem prachtvollen Besitz am Comer-See hat sich der Italiener Guiseppe Boggiani, ein alter Sonderling, an einem Baum seines Parkes aufgehängt. Er hinterließ folgenden Brief: „Während meines langen Lebens habe ich die Erfahrung gemacht, daß auch ein Haufen Geld nicht glücklich macht. Ich nehme mir das Leben, weil ich die Einsamkeit und die Langeweile nicht länger ertragen kann. Als ich noch in Newyork ein einfacher Arbeiter war, lebte ich glücklich. Jetzt, da ich Millionen besitze, bin ich unglücklich und siehe den Tod vor." Guiseppe Boggiani erwarb in Amerika ein großes Vermögen und kehrte dann nach seinem Vaterlande zurück, wo er sich am Comer-See ein prachtvolles Schloß erbaute. Er war unverheiratet und lebte als ein Einsiedler. Er umgab sich mit einem großen Stab von Bedienten und hielt sich ein Dutzend Hunde, empfing aber niemals Besuche. Man fand in seinen Taschen amerikanische Banknoten im Werte von 12 000 Mark, die zum Teil die Aufschrift trugen: „Scher' dich zum Teufel!" Die Behörden sind damit beschäftigt, die erbberechtigten Verwandten des Selbstmörders festzustellen.

## Handel und Verkehr.

**Von der württembergischen Sägewerksindustrie.** Der Verein württembergischer Holzinteressenten, der die württembergische und hohenzollerische Sägewerksindustrie und den Holzhandel umfaßt, hielt am 20. d. M. im Bürgermuseum in Stuttgart unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen des Vereinsgebiets und zahlreichen Vertretern benachbarter und wirtschaftsverwandter Gebiete seine 8. Generalversammlung ab. Nach kurzen Worten der Begrüßung durch den Vorsitzenden Carl Commerell-Höfen erstattete der Syndikus Dr. Marquardt-Stuttgart den Geschäftsbericht. Die ungünstige Lage und die Verwirrung, die dadurch in den Kreisen der Sägewerksindustrie eingetreten sei, habe sich unverständlicherweise in einem ziemlich starken Austritt der kleineren Sägewerke ausgewirkt, bei denen die irrtümliche Meinung vorherrschte, ein derartiger Verein könne nur für die großen Firmen sorgen. An Hand der im Laufe des Jahres behandelten Aufgaben zeigte der Syndikus, daß dieses Mißtrauen nicht berechtigt sei, sondern daß die Vereinsleitung in allen Fragen, ob wirtschaftlicher, ob rechtlicher, ob sozialer Natur nur die gemeinsamen Interessen der ganzen Industrie zu fördern bestrebt war. Daß die umfassenden Arbeiten für die Gestaltung der Zollpolitik, der Politik der Handelsverträge, der Eisenbahnfrachtenpolitik, des Steuerwesens allen Firmen zugute kommt, sei doch selbstverständlich. Die Vertretung der Interessen gegenüber dem Waldbesitz, die Durchführung der Gebräuchesammlung, die Holzpreis-Berichterstattung, die schwierigen Fragen der Kreditgewährung und der Zahlungsbedingungen, die Organisation des Gläubigerschutzes, die Steuer-Beratung und was dergleichen Aufgaben mehr waren, jedes einzelne Arbeitsgebiet beziehe sich gleichmäßig auf die großen wie auf die kleinen Firmen. Von allgemeinem Interesse war sodann die Feststellung, daß die Lage der Industrie noch wie vor äußerst schwierig ist infolge der andauernden hohen Preise für das Rundholz und des ungünstigen Standes am Schnittwarenmarkt. Wenn von Waldbesitzerseite immer wieder der Vorwurf erhoben werde, daß die Sägewerke durch Ringbildung einen Druck auf die Rundholzpreise auszuüben versuchen, so haben doch die tatsächlichen Marktergebnisse der letzten Monate gezeigt, daß eine derartige Ringbildung nicht nur nicht geglückt, sondern überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit sei. Die einzige Rettung liege in der Kalkulation bzw. in dem Angebot von Rundholzpreisen, die sich nach der Marklage am Schnittwarenmarkt ergeben. An den Vortrag schloß sich eine sehr lebhafte Besprechung an, in der namentlich ein Redner aus dem Rheinland vor jedem Optimismus bezüglich der Lage der rheinischen Industrie warnte. Nachmittags fand eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes für das südwestdeutsche Sägegewerbe unter Vorsitz des Herrn Fritz Haisch-Klosterreichenbach statt. (Neues Stuttg. Tagbl.)

## Neueste Nachrichten.

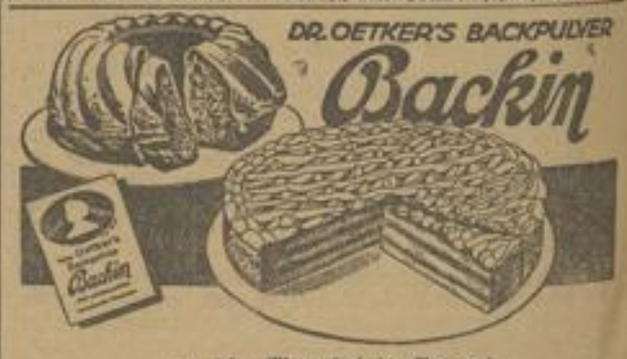
**Triberg**, 24. März. Der sogenannte Kaisertunnel an der Schwarzwaldbahnstrecke Konstanz—Offenburg zwischen den Stationen Hornberg und Triberg ist heute vormittag eingestürzt. An dem Tunnel wurden Arbeiten vorgenommen, die darauf abzielen, den Tunnel abzutragen. Der durchgehende Eisenbahnverkehr ist unterbrochen und wird durch Kraftwagen vermittelt. Soweit bisher bekannt, sind Personen nicht zu Schaden gekommen.

**Freiburg i. B.**, 24. März. Ueber das Befinden des früheren Reichskanzlers Fehrenbach wird mitgeteilt, daß die Kräfte sich mehr und mehr zunimmt. Der Kranke ist größtenteils ohne Bewußtsein.

**Koblenz**, 25. März. Nach zweitägiger Verhandlung vor dem Schwurgericht wurde gestern der seit dem 15. Januar in Untersuchungshaft sitzende Heinrich Hermann aus Miesenheim wegen Mordes an seinem Bruder, dem Arbeiter Konrad Herman, und vorsätzlicher Brandstiftung zum Tode und acht Jahren Zuchthaus, seine Ehefrau wegen Beihilfe zum Mord und zur Brandstiftung zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

**Berlin**, 24. März. Nach den vorläufigen Ermittlungen beträgt die Gesamtzahl aus der Abstimmung für das Volksbegehren 125 214.

**Berlin**, 24. März. Wie man uns aus sehr gut unterrichteten Kreisen bestätigt, besteht die Absicht, den Volksentscheid, der ja am


hat sich millionenfach bewährt und

**sichert Ihnen**

das gute Gelingen prächtiger Kuchen, Torten und Kleingebäck aller Art. Beachten Sie bitte den großen Vorteil, daß Sie alle Zutaten kalt verwenden und den fertig gerührten Teig sofort backen können. **Zeit gewonnen — ist Geld gewonnen!**

Ein vorzüglicher Backapparat mit dem Namen „Küchenwunder" - auf der 3. Umschlagseite des Oetker-Rezeptbuches abgebildet - verschafft Ihnen den weiteren Vorteil, auf offener Gasflamme bei sparsamstem Verbrauch viele Kuchen backen zu können, wenn Ihnen ein Backofen nicht zur Verfügung steht oder wenn Sie auf große Sparsamkeit Wert legen.

Dieser Apparat ist von mir ausprobiert und für gut befunden.

Die beliebten Oetker-Rezeptbücher mit 87 sorgfältig ausprobierten Rezepten geben Ihnen vielseitige Anregungen. Sie erhalten diese kostenlos in allen einschlägigen Geschäften, wenn vergriffen, umgehend und portofrei von

**Dr. A. Oetker, Bielefeld.**

**Feine Lederwaren,**
**Koffer und Reise-Artikel, Kinderwagen**
zu bedeutend ermäßigten Preisen empfiehlt
Lederwaren- u. Kofferhaus **Wilhelm Broß, Pforzheim,** Ecke Zerrenner u. Baumstraße.

nicht mehr zu vermeiden ist, bis zum Herbst zu verschieben. Bis dahin wird es unzweifelhaft auch das Kompromiß, mit dem man jetzt so mühselig im Ausschuß arbeitet, zustande gekommen sein. Auf eine Beendigung der Ausschußberatungen noch vor Ostern ist, wie mit einmal festgestellt möchten, nicht mehr zu rechnen.

**Berlin**, 24. März. In Moabit haben heute morgen zwei Zwillingsschwestern einen gemeinsamen Selbstmord verübt. Die beiden Schwestern im Alter von 17 Jahren waren gestern abend ausgegangen und spät noch Hause gekommen. Es gab schwere Vorwürfe. Als der Vater heute morgen die Wohnung verlassen hatte, öffneten die Mädchen die Gashähne. Hausbewohner wurden durch den Gasgeruch aufmerksam und benachrichtigten die Polizei. Man fand die beiden Schwestern bewußtlos vor. Die Samariter der Feuerwehr brachten sie nach dem Krankenhause.

**Berlin**, 24. März. Der Rechtsausschuß des Reichstags wird das Ablösungsgesetz vor den Osterferien nicht mehr zum Abschluß bringen. — Im Steuerausschuß erklärte Hergt sich namens der Deutschnationalen zu Kompromißverhandlungen über das Steuersenkungsgesetz bereit. — Graf Westarp ist zum Vorsitzenden der Deutschnationalen gewählt worden. — Die Verhandlungen der Regierung mit der Sozialdemokratie über den Steuerkompromiß haben zu einer gewissen Klärung der Lage geführt. — Die Bezirksversammlung hat in ihrer heutigen Sitzung den Einspruch des Bezirksamts Tiergarten gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, den Königsplatz vor dem Reichstagsgebäude in „Platz der Republik" umzubenennen, abgewiesen. — Nach einer Mitteilung des „Lokalanzeigers" wird die gesetzliche Miete im April voraussichtlich um 10 Prozent erhöht werden. Es werden also 94 Prozent der Vorkriegsmiete zu zahlen sein, während die Mieter, welche die Schönheitsreparaturen selbst ausführen, 90 Prozent zu zahlen haben werden. — Geheimrat Straßmann teilte dem Gericht mit, daß sich das Befinden des Angeklagten Lützow, der an Lungen- und Brustfellentzündung leidet, etwas gebessert habe, sodaß Lützow als verhandlungsfähig angesehen werden müsse. Hierauf beschloß das Gericht, am Krankenbett des Angeklagten eine Gerichtssitzung abzuhalten.

**London**, 24. März. Wie Lloyds Register aus Manaos gemeldet wird, ist der brasilianische Dampfer „Pass de Carvalho" unterwegs in Brand geraten und in der Nähe von Coury mit Ladung und Mannschaft gesunken. 104 Personen sind ums Leben gekommen. — Nach einer Meldung hat sich an Bord einer englischen Schaluppe im Hafen von Grimsby eine Explosion ereignet, wobei elf Mann der Besatzung getötet wurden.

### Württembergischer Landtag.

**Stuttgart**, 24. März. Der Landtag beriet in seiner heutigen Sitzung in erster Lesung den Gesetzentwurf über die Vereinfachung der Staatsverwaltung in Verbindung mit den Gesetzentwürfen über das Staatsministerium und die Ministerien, sowie über die Aufteilung des Oberamtsbezirks Weinsberg. Zu letzterem Entwurf lag eine von dem Abg. Rath (D. Vp.) beantragte Entschließung vor, das Staatsministerium zu ersuchen, dem Landtag in tunlichster Zeitkürze einen das ganze Land umfassenden Plan über die Neueinteilung der Oberamtsbezirke nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Verkehrszusammenhängen vorzulegen, der das Bestreben erkennen läßt, möglichst Entlastungsverschaftsverbände zu schaffen, die vermöge ihrer Leistungsfähigkeit den erhöhten Anforderungen gewachsen sind, die die Gegenwart an diese Verbände stellt. Staatspräsident Bazille, dessen schwache Stimme erkennen ließ, daß er seine schwere Krankheit noch nicht voll überwunden hat, eröffnete die Aussprache. Er erklärte, wenn es zwei Jahre gedauert habe, bis diese Entwürfe vorgelegt wurden, so deshalb, weil die Regierung wegen der Landtags- und Reichstagsberatungen und wegen der wiederholten Wahlen nicht ruhig arbeiten konnte, sodaß sie oft monatelang behindert war. Der Staatspräsident betonte, daß ein Abbau von weiteren Beamten nicht wünschenswert sei. Bei dieser phantastisch hohen Zahl käme auf den Kopf des abgebauten Beamten eine Ersparnis von höchstens 200 Mark und dadurch würde die Steuerlast doch nicht getragen werden. Trotzdem müsse der Landtag der Frage der Vereinfachung näher treten, weil Ersparnisse gemacht werden müßten, auch wenn sie gering seien. Zunächst müsse man mit der Vereinfachung der Zentralverwaltung anfangen. Von einem Gesetz über den Rechnungshof habe die Regierung abgesehen, weil die Neuorganisation teurer wäre als der alte Zustand. Ein Gesetz über die Versorgung der Hinterbliebenen der parlamentarischen Minister sei in Ausarbeitung begriffen. Bei dem Gesetz über die Aufhebung kollegialer Organisationen und Landesmittelstellen handle es sich nicht um ein diktatorisches Ermächtigungsgesetz wie im Jahre 1923. Wenn die Regierung trotzdem einen solchen Gesetzentwurf vorlege, so lediglich wegen der beamtenrechtlichen Bestimmungen. Sollte das Zentrum Befürchtungen hegen wegen Aufhebung des kath. und evang. Oberschulrats, so könne man ja diese Behörden von der Aufhebung ausnehmen. Wenn aber das Gesetz über die Landesmittelstellen abgelehnt werde, so sei das auch kein Unglück. Die Regierung werde dann aus eigener Machtvollkommenheit das durchführen, was sie für richtig halte. Der Abg. Heymann (Soz.) übte an den mageren Ergebnissen der Staatsvereinfachung scharfe Kritik. Die Vorlagen seien weder großzügig noch organisch und stellen überhaupt keine Reform dar. Der Entwurf über die Aufteilung des Oberamts Weinsberg illustriere drastisch den Mangel an Mut bei der Regierung. Daß der Bezirk Weinsberg nicht gehalten werden könne, sei anzuerkennen, aber es liege bei anderen Bezirken ein gleich starkes Bedürfnis nach Aufteilung vor. Die Sozialdemokratie lehne es ab, der Katze den Schwanz stückweise abzuhacken. Der Entwurf über die Vereinfachung der Staatsverwaltung gebe der Regierung eine Blanko-Vollmacht und ermögliche die Verfolgung parteipolitischer Ziele. Der Abg. Bock (Ztr.) erklärte, daß seine Partei dem Staatspräsidenten keine weiteren Rechte einräumen wolle, als er nach der Verfassung zu beanspruchen habe, und begründete mit sachlichen Erwägungen die Forderung, den Abg. Andre als Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterschaft in die Staatsverwaltung zu berufen. Zum Abbau der Oberschulbehörden könne das Zentrum die Hand nicht bieten, doch werde es der Aufteilung des Oberamts Weinsberg zustimmen. Eine andere Abgrenzung der Oberamtsbezirke sei allerdings notwendig, denn die Aufteilung jedes zweiten Oberamts bedeute eine Ersparnis von jährlich 640 000 Mark. Notwendig sei auch eine Aenderung des Instanzenzugs und der Zuständigkeit. Der Abg. Dr. Schall (Dem.) bezeichnete die Vereinfachung der Staatsverwaltung angesichts des Mißverhältnisses zwischen öffentlichem Aufwand und steuerlicher Leistungsfähigkeit als unbedingt notwendig. Die Demokratie könne der Regierung die geforderte Ermächtigung nicht geben, da sie ihr nicht das Vertrauen habe, daß sie von der Ermächtigung im Staatsinteresse Gebrauch machen werde. Die Beseitigung der kollegialen Verfassung bei den Oberschulbehörden und der Oberforstdirektion sei nicht zweckmäßig, dagegen eine Einschränkung ihrer kollegialen Betätigung möglich. Die Regierung müsse einen Gesamtplan der Verwaltungsorganisation im ganzen Lande, auch bezüglich der Gerichtsbehörden vorlegen. Von der Antwort der Regierung auf diese Forderung werde seine Partei ihre Stellungnahme abhängig machen. Der Redner forderte schließlich die Neueinteilung der Oberamtsbezirke im ganzen Lande, eine Verminderung ihrer Zahl, eine Verminderung der Amtsgerichts- und Finanzamtsbezirke, die Aufhebung überflüssiger Landgerichte, besonders von Hall, die Verringerung der Abgeordnetenzahl auf 90 und die der Ministerien auf 3, die Erweiterung der Kompetenz der unteren Instanzen und der Selbstverwaltung, die Schaffung eines Gesetzes über das Verwaltungsverfahren, die Modernisierung der Gemeinde- und Bezirksordnung, sowie des Buchungs- und Rechnungswesens, und endlich eine Umgestaltung der Staatsaufsicht. Staatspräsident Bazille trat den Angriffen der Oppositionsredner entgegen und wies darauf hin, daß die Arbeit schon weiter gediehen wäre, wenn er brauchbare Vorarbeiten angetroffen hätte. Er betonte insbesondere den Beamtenabbau im Arbeitsministerium und bezeichnete die Ausführungen des Abg. Schall nicht nur als anfechtbar, sondern als direkt unrichtig. Die vollkommene Beseitigung der Ueberorganisation könne die heutige Notlage nicht ändern. Jeder Tag der Erwerbslosigkeit fresse auf, was man durch lange Arbeit erspare. Eine Erhöhung der Mieten auch nur um 5 Prozent müßte eine entsprechende Erhöhung der Beamtenwohnungszuschläge zur Folge haben und dies würde in Württemberg eine Ausgabe von einer halben Million bringen. Das Volk möge sich keine falschen Vorstellungen über die Wirkung all dieser Maßnahmen machen. Minister des Innern Bolz bezeichnete die Kritik an dem Entwurf zur Aufteilung des Oberamts Weinsberg als unverständlich. Von der Notwendigkeit der Aenderung der Oberamtsbezirke sei er mehr als je überzeugt. Die Regierung habe darüber schon beraten, sich aber noch nicht geeinigt. Eine einmalige große Reform wäre wohl sachlich besser, aber ihre Durchführung bei der Stellung der Bevölkerung und des Parlaments zweifelhaft. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten August Müller (W.B.), Albert Fischer (Komm.), Rath (D. Vp.) und Dr. Steger (Völk.) wurden die Gesetzentwürfe an den Verwaltungs- und Finanzwirtschaftsausschuß überwiesen. Morgen Generaldebatte zum Etat.

### Die amtliche Meldung über den Tunnel-Einsturz an der Schwarzwald-Bahn.

**Karlsruhe**, 24. März. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe teilt zu dem Tunneleinsturz auf der Schwarzwaldbahn mit: Bei Fortgang der Bauarbeiten für Beseitigung des Kreistunnels auf der Strecke Hornberg—Triberg der badischen Schwarzwaldbahn trat unerwarteter Weise starker Gebirgsdruck auf, der die Bauleitung veranlaßte, früher als beabsichtigt war, die letzten Sprengungen vorzunehmen und größere Felspartien, als vorgesehen, in die Sprengung einzubeziehen. Infolgedessen mußte die Strecke Hornberg—Triberg für den gesamten Eisenbahnverkehr gesperrt werden. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen in Hornberg und Triberg auf Postkraftwagen aufrechterhalten. Ebenso wird das Reisegepäck, Expreß- und Eilgut bis auf weiteres auf der Strecke Hornberg—Triberg durch Kraftwagen befördert. Der Güterzugverkehr wird durch Umleitung beeinträchtigt. Die Sperre dauert voraussichtlich mehrere Tage.

### Verworfene Revision.

**München**, 24. März. Von dem Strafgericht München war seinerzeit der 30 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Degele aus Jülich, der 1921 in den Diensten der Rheinlandkommission stand und nach seiner Behauptung von den Franzosen zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, sowie aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden war, und der später unter der Vorspiegelung guter Auslandsbeziehungen, u. a. auch zu Mussolini, einem Münchener Bankier für die Vermittelung eines Kredits von mehreren Hunderttausend Franken 6000 Mark abgeschwindelt hatte, zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Diese Verhandlung war seinerzeit mit Rücksicht darauf, daß Degele behauptete, verschiedene staatspolitische Dinge zur Sprache bringen zu müssen, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit durchgeführt worden. In der heute stattgefundenen Berufungsverhandlung, die in vollster Oeffentlichkeit durchgeführt wurde, wurde die eingelegte Revision verworfen.

### Deutscher Reichstag.

**Berlin**, 24. März. Nach den Ausführungen des Reichsernährungsministers Dr. Haslinde trat der Reichstag in die Aussprache über den Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft ein. Als erster Redner nahm Robert Schmidt (Soz.) das Wort, der die Schilderung der Lage der Landwirtschaft durch den Minister als zu pessimistisch bezeichnet. Die Landwirtschaft befinde sich in einer Krise, aber von einem Zusammenbruch zu reden, sei übertrieben. Stubbendorff (Dn.) erkennt den guten Willen des Ministers an, bezweifelt aber, daß er ihn bei seinen Ministerkollegen durchdurchsetzen kann. Feilmayr (Ztr.) erklärt, ohne Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft werde die Ankurbelung der deutschen Industrie nicht gelingen und ohne ausreichenden Zollschutz sei der deutschen Landwirtschaft nicht zu helfen. Die Zentrumspartei habe zu dem gegenwärtigen Minister das Vertrauen, daß er mit Umsicht und Energie für die Hebung der Lage der Landwirtschaft wirken werde. Hamkens (D. Vp.) begrüßt die größere Aktivität der deutschen Handelsbilanz, unerfreulich sei aber immer noch die riesige Einfuhr ausländischer Lebensmittel. Dieses Uebel könne nur beseitigt werden, wenn die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht wird. Die Ausführungen des Redners werden durch einen Zwischenfall unterbrochen. Von der Mitteltribüne läßt plötzlich eine Frau ein großes rotes Plakat an einer langen Schnur in den Sitzungssaal hinunter. Vizepräsident Dr. Bell ordnet die sofortige Hinausführung der Frau an. Diese hat inzwischen das Plakat in den Saal geworfen und weigert sich zunächst, die Tribüne zu verlassen. Es entsteht daher im Sitzungssaal große Erregung. Die Frau ist inzwischen von der Tribüne entfernt worden. Da die Unruhe anhält, ordnet Vizepräsident Dr. Bell die Räumung dieser Publikumstribüne an. Es wird festgestellt, daß es sich um eine Wohnungsbeschwerde eines Damenschneiders aus Leobschütz handelt. Nach Wiedereröffnung der Sitzung kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten, die verlangen, daß die geräumte Tribüne wieder eröffnet werde. Vizepräsident Dr. Bell lehnt das ab. Hamkens (D. Vp.) setzt darauf seine Rede fort. Hörnle (Komm.) klagt die Politik der Regierung als einseitige Begünstigung der Großagrarier zum Schaden der Kleinbauern und Landarbeiter an. Dietrich-Baden (Dem.) betonte die Notwendigkeit, bei allen Rezepten für die notleidende Landwirtschaft ihre Wirkung auf die Gesamtwirtschaft zu beobachten. Von diesem Gesichtspunkte aus sei der Rat an die Landwirte, sich umzustellen, ganz verfehlt. Der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher müsse durch Förderung der Verkaufsgenossenschaften verbessert werden. Lachmeier (B.B.) erklärt, wenn der Industrie riesige Beträge zur Ankurbelung der Wirtschaft bewilligt würden, dann müsse dafür gesorgt werden, daß die Landwirtschaft nicht wieder der Leidtragende sei. Herbert (B. Vp.) hält die viel zu späte Einführung der Schutzzölle für die Ursache der gegenwärtigen Absatzkrise und verlangt größere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen bei den Handelsvertragsverhandlungen und die vollständige Beseitigung der Weinsteuer. Nach weiterer Aussprache, in der u. a. Lemmer (Dem.) auf Grund einer Interpellation die Frage der polnischen Wanderarbeiter zur Sprache bringt, die vom Großgrundbesitz in einer Zahl von etwa 100 000 Personen beschäftigt würden, und wobei er fragt, warum nicht deutsche Landarbeiter herangezogen würden, erwidert Minister Dr. Haslinde, daß die Angelegenheit zum Ressort des Arbeitsministers gehöre und daß er mit diesem eingehend darüber verhandeln werde. Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag nachmittag 12 Uhr.

### Der italienische Botschafter beim Reichspräsidenten.

**Berlin**, 24. März. Der Reichspräsident hat heute den neu ernannten italienischen Botschafter, Graf Aldovrandi Marescotti, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens und des Abberufungsschreibens des bisherigen italienischen Botschafters, Grafen Bosdari, empfangen. Bei dem Empfang, an dem außer den Herren der Umgebung des Reichspräsidenten, der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Dr. v. Schubert teilnahmen, betonte der Botschafter in einer Ansprache, daß er es sich in der Ueberzeugung, daß zwischen Italien und Deutschland keine grundsätzlichen Interessenverschiedenheiten bestehen, zur Aufgabe machen werde, an der Verhinderung und Beseitigung jedes Zwischenfalls oder Mißverständnisses, das die gegenseitigen Beziehungen etwa stören könnte, mitzuarbeiten.

### Das Urteil im Matteotti-Prozeß.

**Rom**, 24. März. Heute abend wurde das Urteil im Prozeß gegen die Matteotti-Mörder gefällt. Die Geschworenen erklärten die Angeklagten Domini, Volpi und Poverone des Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände für schuldig. Die drei Angeklagten wurden zu je 5 Jahren 11 Monaten und 20 Tagen Zuchthaus verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Da 4 Jahre auf Grund der Amnestie in Wegfall kommen und auch die Untersuchungshaft angerechnet worden ist, wurden die Angeklagten sofort auf freien Fuß gesetzt. Das Urteil wurde vom Publikum mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

**Einer, der Hochkonjunktur hat.** Im kleinen Hannoverschen Münden bei Kassel stand man jetzt vor der Wahl, dem einzigsten Manne im Kreise, dem die „Gesundungskrise" einen derartigen Zuwachs an Arbeit gebracht hat, einen Gehilfen beizugeben. Es dreht sich nämlich um den Herrn Gerichtsvollzieher, der sich vor Aufträgen nicht mehr retten konnte und unbedingt Hilfe verlangte. Seine vorgesetzte Behörde trat zusammen, beriet eifrig und intensiv mit dem Erfolg, daß dem Biederen jetzt — ein Dienstauto zur Verfügung gestellt wird, damit er überall den Kuckuck ankleben kann.


## Grundstücks-Verpachtung.

Nächsten **Samstag den 27. März 1926, mittags 12 Uhr**, kommen auf dem Rathaus, Zimmer 4, nachstehende Gemeindegrundstücke zur Verpachtung:

Das Grundstück am Schenckweg und
das Grundstück an der Straßenkreuzung am Bahnhof.

Liebhaber sind eingeladen.

**Birkenfeld**, 25. März 1926.

Gemeindepfleger Bolay.

## Freiw. Feuerwehr Birkenfeld.

Am **Samstag den 27. März**, abends ½8 Uhr, findet unsere jährliche



**Generalversammlung**

im Gasthaus zum **„Rößle"** statt, wozu wir unsere Mitglieder höflichst einladen. Fehlende Aktive werden bestraft.

Tages-Ordnung:

1. Tätigkeitsbericht, 2. Kassen- und Revisionsbericht, 3. Wahl des Vereinsdieners und Gerätereinigers, 4. Anträge und Beschwerden der Mitglieder, 5. Verschiedenes.

**Das Kommando:**
H. Seufer, K. A. Roth.



## Brennholz- und Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde **Pfaffenrot** versteigert aus ihrem Gemeindewald am

**Montag den 29. März 1926:**

140 Ster buchenes, 30 Ster forlenes, 6 Ster eichenes Scheitholz und 8 Ster eichenes Nutzholz,
179 Ster buchenes, 138 Ster eichenes, 260 Ster forlenes Prügelholz und 12 Ster Klotzholz;

**am Dienstag den 30. März 1926:**

107 Eichenstämme von 1,97 Festm. abwärts,
4 Baustangen I., 14 II. Klasse, 3 Hagstangen,
5 Hopfenstangen II., 48 III., 85 IV. Klasse,
115 Rebstecken I., 220 II. Klasse und 150 Bohnenstecken.

Die Zusammenkunft ist jeweils **vormittags 9 Uhr beim** Rathaus.

**Pfaffenrot**, den 23. März 1926.

**Der Gemeinderat.**
Glaser.

J. Mucker, Ratschr.

## Haus- und Grundbesitzer-Verein Neuenbürg e. V.



Ich ersuche, dem in Nr. 5 unserer Zeit erfolgten **Aufruf** im **eigensten** Interesse nachkommen zu wollen und die verlangten Unterlagen spätestens bis 31. März an mich einzureichen zwecks Weiterleitung.

Wer den Aufruf ohne Grund nicht befolgt, **schädigt** unsere Sache und trägt mit die Verantwortung für die Verzögerung betr. Abbau der Zwangswirtschaft.

Nichtorganisierte Hausbesitzer erhalten gerne von mir diesbezügliche Aufklärung.

Der Termin für die Abgabe der Einkommensteuererklärung ist bis 8. April verlängert. Die Mitglieder werden vorher noch bezügl. der zulässigen Abzüge orientiert. Besprechungen mit dem Finanzamt sind im Gange.

**Der Vorsitzende:**
Beller.

Neuenbürg.

**Schnauzer,**

prima Mäuse- u. Rattenfänger, zu verkaufen.

**Flößerstraße 280.**

**Visiten-Karten**

liefert rasch und billig
**C. Meeh'sche Buchdruckerei.**



LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

# Bekanntmachung.

**An die Ortsfürsorgebehörden und an die Bezirksfürsorgebehörde** ergeht die Aufforderung, ihren in der Zeit vom **1. April 1925 bis 31. März 1926** gehabten **Aufwand** auf Hilfsbedürftige der nachbezeichneten Arten **mittelst der durch die Bezirksfürsorgebehörde erhältlichen Vordrucke** bei der württ. Landesfürsorgebehörde in Stuttgart, Rotebühlkaserne, **zum Ersatz anzufordern** und zwar für

a. in ständiger Unterstützung stehende oder in vorübergehender Weise unterstützte **Landhilfsbedürftige;**
b. **orts- oder bezirkshilfsbedürftige Geisteskranke, Geistesschwache,** an **Epilepsie** oder **ähnlichen Krankheiten** leidende Personen, **Taubstumme** und **Blinde;**
c. **obdachlose Wanderer.**

Dabei ist Folgendes zu beachten:

I. Der Kostenersatzanspruch für **Landhilfsbedürftige** ist nach § 18 RFV. **spätestens binnen drei Monaten** nach begonnener Unterstützung anzumelden, andernfalls nur die Kosten ersatzfähig sind, die drei Monate vor der Anmeldung entstanden sind oder nachher entstehen. Ersatz kann aber nach § 16 Abs. 3 RFV. nicht verlangt werden, wenn die für den einzelnen Hilfsbedürftigen aufgewendeten Kosten weniger als 10 Goldmark betragen. Ersatzansprüche, die ein Fürsorgeverband auf Grund der RFV. erheben kann, verjähren nach § 26 RFV. in zwei Jahren vom Ablauf des Jahres ab, in dem der Anspruch entstanden ist.

II. Bei den **freiwilligen Leistungen des Landesfürsorgeverbands für Geisteskranke usw.** ist — ebenso wie bei den gesetzlichen Ansprüchen — zu unterscheiden zwischen der erstmaligen Anmeldung des Anspruchs und der jährlichen Einreichung der Kostenaufstellungen.

Der **erstmalige Anspruch auf hälftigen Kostenersatz für** orts- oder bezirkshilfsbedürftige **Geisteskranke usw.** ist von den Orts- und Bezirksfürsorgebehörden binnen drei Monaten nach begonnener Unterstützung bezw. nach Anfall bei der Landesfürsorgebehörde **anzumelden.** Wird diese Frist nicht eingehalten, so sind nur die Kosten ersatzfähig, die drei Monate vor der Anmeldung entstanden sind oder nachher entstehen.

Die **Kostenaufstellungen** können von den Orts- und Bezirksfürsorgebehörden halbjährlich auf 30. September und 31. März, **müssen** aber bei Vermeidung des Verlustes des erhobenen Anspruchs **längstens binnen drei Monaten** nach Schluß des Rechnungsjahrs, in welchem die Aufwendungen gemacht wurden, bei der Landesfürsorgebehörde in einfacher Ausfertigung unter Anschluß der Bescheinigungen des Aufwands eingereicht werden. Aus Gründen der Geschäftsvereinfachung sollte aber auf 30. September die Einreichung einer vollständigen Kostenaufstellung unterbleiben und nur eine **Abschlagszahlung** angefordert werden mit der Angabe, wie hoch sich für jede einzelne Art von Hilfsbedürftigen (Ortshilfsbedürftige, Sozialrentner, Kleinrentner, Minderjährige) der ganze Aufwand im verflossenen Halbjahr belaufen hat. (Die diesbezüglichen Rundschreiben der Landesfürsorgebehörde vom 26. Februar und 14. Juli 1925 sind außer Wirksamkeit gesetzt.)

Gesamtaufwendungen im einzelnen Unterstützungsfall unter 10 RM. werden vom Landesfürsorgeverband nicht hälftig ersetzt.

III. Die Anforderung der Kosten der Verpflegung der obdachlosen, nicht im Besitz eines Wanderscheins befindlichen **Wanderer** in den **Obdachlosenheimen** am Sitze einer Wanderarbeitsstätte und die Kosten der Reinigung der Wanderer von Ungeziefer oder der Heilung von Krätze beim Landesfürsorgeverband kann vierteljährlich oder halbjährlich, **muß** aber bei Vermeidung des Verlustes des Anspruchs jährlich auf 31. März und spätestens binnen drei Monaten nach Schluß des Rechnungsjahrs erfolgen, in welchem der Aufwand entstanden ist.

IV. Die Nichteinhaltung dieser Fristen hat ohne Ausnahme den Verlust des Anspruchs an den Landesfürsorgeverband zur Folge.

V. Die **Unterbringung** von Hilfsbedürftigen **in den Landesfürsorgeanstalten** ist nur gegen Mitgabe eines **Vorweises mit Kostenverpflichtungsurkunde** der einweisenden Fürsorgebehörde und nur dann möglich, wenn der Hilfsbedürftige **nicht** mit Geisteskrankheit, Epilepsie oder mit einer eckelerregenden und ansteckenden Krankheit, auch Hautkrankheit (besonders auch Krätze) oder mit Ungeziefer behaftet ist.

Die Landesfürsorgeanstalt Reutlingen ist **ausschließlich** für die Versorgung von Sozialrentnern, Kleinrentnern und Minderjährigen, die weiteren drei Anstalten Markgröningen, Rabenhof und Riedhof sind nur für die anderen Hilfsbedürftigen bestimmt. Zwangsbeschäftigte dürfen nicht in die Landesfürsorgeanstalt Reutlingen eingewiesen werden.

Die Aufnahme ist mit Rücksicht auf die wechselnde Besetzung der Anstalten vorher rechtzeitig bei der **Landesfürsorgebehörde** zu beantragen, welche auf Wunsch die Aufnahmebedingungen mitteilen wird.

**Neuenbürg**, den 24. März 1926. **Oberamt.**
Lempp.

---

**Oberhausen.**

**Bestellungen** auf schöne



**Milch- u. Läuferschweine**

können gemacht werden, da solche bei mir eintreffen.

**Emil Luz, Schweinehändler.**

Zu verkaufen eine erstklassige **Nutz- und Fahrkuh.**
Der Obige.

---




*Nächste „Blauband-Woche" mit Stundenplan.*

---

**Globus Hüte**
sind die Besten!
Unübertroffen in Formen Qualität u. billigen Preis



**Wollfilz-Hüte** $9^{50}$ 9.– 8.– $7^{50}$ $6^{50}$ 6.– $5^{50}$ $4^{50}$ **$3^{50}$ M.**

**Haar-Hüte, neueste Formen, 11.– $13^{50}$ und höher.**

*Verkaufshäuser Pforzheim:*

***Ed. Klein*** *Schloßberg 2 am Markt* | *Spezial-Haus* ***Globus*** *Westliche 42*

Posten zurückgesetzter Haar- u. Wollhüte
zu **6.50 4.50 3.50 2.50**

---

**Frauenarbeitsschule Neuenbürg.**

Um einen Einblick in den planmäßigen Aufbau der einzelnen Unterrichtsklassen an der Frauenarbeitsschule zu geben, veranstalten wir am **Samstag den 27. März von 1—6 Uhr**, und am **Sonntag den 28 März, von 1—6 Uhr nachm.**, im **Rathaussaal** eine

**Ausstellung von Lehrgängen.**

Zu deren Besichtigung ist jedermann freundlichst eingeladen.

**Die Leitung:** Volz, Hauptlehrerin.

---

**Schwerhörige**
**seid vorsichtig!**

**Universitätsprofessor Dr. Oppikofer in Basel urteilt:**

**„Die Breslauer Gehörkapsel gehört ganz sicher zu den schwindelhaft. Ohrapparaten"**

Auskunft erteilt der
**Süddeutsche Verein für Schwerhörige, Stuttgart, Strohberg 107.**

---

Neuenbürg.
**Billige**
**Futter-Artikel:**
**Mais,**
**Weizen,**
**Mais-Mehl,**
**Mehl Nr. 5,**
**Kleien-Mehl**
sind stets zu haben bei
**Emil Haist,**
Bäckerei und Mehl-Handlung.

---

Birkenfeld.
**Morgen**



**Schlachtpartie**
bei
**Karl Stumpp z. „Rößle".**

---

Berndach.
**Beleidigungs-Zurücknahme.**

Die Unterzeichnete nimmt die über **Luise Kull**, Tochter der Anna Kull, Witwe, in Berndach gemachte Aussage mit dem Ausdruck des Bedauerns **als unwahr zurück und leistet derselben Abbitte.**

**Karoline Geckle,**
Ehefrau des Aug. Geckle, Taglöhner.

---

Herrenalb.
4 neue eichene
**Bettstellen,**
saubere Arbeit, fournier, sofort preiswert zu verkaufen, norm. Maß 2,00×1,00.
**Fr. Waldner,**
mech. Möbelschreinerei.

---

Herrenalb.
Auf dem Mayenberg-Gelände haben wir einige
**Grundstücke**
in Pacht zu vergeben.
**Karl Senser,**
Kommandit-Gesellschaft.

---

**Piano,**
erstklassiges Fabrikat in sehr wenig gespielt, mit voller Garantie günstig zu verkaufen.
**A. Uebel, Pforzheim,**
**Pianohaus** — Westliche 11.

---

In dauernde, angenehme Stellung suche ich für meine kleine Landwirtschaft in **Ottenhausen** fleiß., gutempfohlenes
**Mädchen,**
dem nebenbei Gelegenheit geboten ist, gut bürgerlich kochen zu lernen. Zeugnis mit Gehaltsansprüchen erbeten an
Frau **Blanca Kelster,**
**Pforzheim**, Luisenstr. 18, II.

---

**Zu verkaufen** wöchentlich
**Brod.**
**Kieselmann, Pforzheim,**
Brühlstr. 7, beim Bierdepot.